

## Meldungen aus der katholischen Welt

*Aus dem deutschen Sprachgebiet*

**Erzbischof Bengsch zur Bewältigung der Vergangenheit** Am 8. Mai 1965, dem 20. Jahrestag der Vernichtung der Hitlerdiktatur, hielt der Bischof von Berlin, Erzbischof Alfred Bengsch, in der St.-Hedwigs-Kathedrale einen Gedenkgottesdienst für alle Opfer der ungerechten Gewalt. In seiner Predigt (vgl. „Petrusblatt“, 16. 5. 65) ging der Erzbischof auf die oft gestellte Frage „Wie konnten diese Verbrechen der Hitlerdiktatur möglich sein?“ ein und nahm zum Problem der Bewältigung der Vergangenheit Stellung:

### *Gerechtigkeit ist das Fundament*

... Es ist nun in diesen Tagen viel davon gesprochen und geschrieben worden, daß wir die Vergangenheit bewältigen und daß wir, vor allem wir Deutsche, die Lehren aus der Vergangenheit ziehen müssen. Leider ist bei solchen Gesprächen oft viel Deklamation und viel Einseitigkeit; es ist viel Pharisäismus und manchmal mangelnde Bereitschaft, die wirklichen Wurzeln, aus denen jene furchtbare Schreckensherrschaft erwuchs, zu sehen. Ich bin aber dankbar, daß der Heilige Vater, der oberste Lehrer der Kirche, klar, deutlich und oft ausgesprochen hat, worauf es hier ankommt, was als Lehre der Vergangenheit wichtig ist für die Gegenwart.

Die erste Lehre ist — ich darf es mit seinen Worten sagen — der „absolute Primat des Rechtes in den Beziehungen zwischen den Menschen und Völkern“ (7. Januar 1965 vor dem Kardinalskollegium). Wir dürfen niemals vergessen, daß das Grauen jener Jahre unter der Parole stand: „Recht ist, was dem Volke nützt.“ Wo die Würde des Rechtes, wo die unverlierbaren Rechte des Menschen nicht anerkannt werden, wo man nicht unantastbare Normen will, die über den Interessen stehen und über der Macht, da können jene Dinge wieder geschehen, die zwischen 1933 und 1945 geschehen sind. Wir wissen als Christen, daß diese Unantastbarkeit des Rechtes ihren Grund hat in der Gerechtigkeit des ewigen Schöpfergottes. Aber auch das gesunde Empfinden nichtchristlicher Menschen hat gewußt, daß immer — und auch in Zukunft — Gerechtigkeit das Fundament der Gemeinschaft und der Staaten ist.

Diese erste Lehre vom Primat des Rechtes können wir nicht ernst und wichtig genug nehmen; denn der Bazillus der Gewaltherrschaft ist noch in vielen Teilen der Welt vorhanden, und deshalb hat unser Heiliger Vater in seiner letzten Enzyklika mit großer Sorge darauf hingewiesen, „daß eine furchterregende Verschärfung der Gegensätze unter den Völkern zu erleben ist, daß man statt in Verhandlungen in der Gewalt der Waffen seine Zuflucht sucht und daß ganze Nationen unsagbaren Leiden ausgesetzt sind, die durch Agitation, Kleinkrieg und Kriegshandlungen verursacht werden“ (Enzyklika *Mense maio* [vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 410f.]).

Von Bewältigung der Vergangenheit kann nur die Rede sein, wenn ich mich selber zunächst frage: Erkenne ich absolut den Primat des Rechtes an? Das ist eine peinliche Frage, aber sie ist nützlicher als manche Bemühungen, für die das Wort des Evangeliums gilt: Man sucht den Splitter im Auge des anderen und sieht nicht den Balken im eigenen.

## *Kein Friede durch Rüstung*

Die zweite Lehre, die ich verkünden möchte, geht wiederum vom obersten Lehrer unserer heiligen Kirche aus: Es ist eine Illusion, daß der Friede aufgebaut werden kann nur auf der Gewalt mörderischer Waffen — die Diktatur Hitlers kam aus dieser Illusion —, daß mit der entsprechenden Aufrüstung, wie dann gesagt wurde, der Friede — Gott weiß, was er darunter verstand — gesichert werden könne. Wir wissen alle — mit großer Sorge hat es der Heilige Vater gesagt —, daß alles Grauen des vergangenen Krieges ein winziges Vorspiel von dem sein könnte, was durch die Anwendung der nuklearen Waffen für maßloses Elend über die Welt käme (23. August 1964 und 11. Februar 1965).

Eindringlich hat der Heilige Vater alle Verantwortlichen gemahnt, die Rüstung einzuschränken und den Fortschritt und die Gelder für den Hunger in der Welt zu verwenden (Osterbotschaft 1965), und die Nationen aufgefordert, ihre Rüstungen einzustellen und ihre Kräfte den Ländern zu widmen, die noch in der Entwicklung stehen (Botschaft von Bombay). Er hat damit ohne Zweifel die Sehnsucht aller Völker ausgesprochen. Gott gebe, daß die wirklich Verantwortlichen, in deren Entscheidung das Leben so vieler Menschen liegt, diesen Mahnruf hören und bereit sind zu Frieden und Verhandlungen!

### *Den Haß überwinden!*

Das wird aber nur möglich sein — und dies ist die dritte Lehre aus der Vergangenheit —, wenn man dem Geist des Hasses widersagt. Es war ja ein Wesensmerkmal der Hitlerdiktatur, daß nicht nur der Gegner, sondern schon der Andersdenkende beschimpft, herabgesetzt, diskriminiert und verleumdet wurde. So wurden die brutalen Haßinstinkte geweckt, so wurde Unmenschliches möglich. Auch diese Gefahr ist noch aktuell in der Welt. Wiederum mahnt der Heilige Vater, daß gegensätzliche Ideologien abgebaut werden, die Barrieren geistiger Enge und egoistischer Interessen. Es muß der billige Instinkt nach Prestige und Machtstreben bewältigt werden (Weihnachtsbotschaft 1964 [vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 200 ff.]).

Wir müssen gegen Mißtrauen und Diskriminierung angehen; denn in einer Welt des Hasses wird niemand glücklich. Es kann nicht besser werden in der Welt, wenn immer und immer wieder und an vielen Stellen der Haß aufflammt und geschürt wird. Die Gesellschaft der Zukunft kann nur glücklich sein, wenn sie brüderlich ist. Der technische und wirtschaftliche Fortschritt allein kann dies nicht erreichen, denn auch die technisch und wirtschaftlich hochentwickelte Gesellschaft kann das dunkle Antlitz des Hasses tragen (Weihnachtsbotschaft 1964).

### *Ehrfurcht vor dem Leben*

Und schließlich eine vierte Lehre aus der Vergangenheit: unbedingte Ehrfurcht vor dem Leben des anderen. Das, was jeden Menschen heute noch mit Grauen erfüllt, war die brutale Vernichtung des menschlichen Lebens unter der Naziherrschaft. Die Ausrottung der Juden, die Tötung von Kriegsgefangenen, die Vernichtung von Geisteskranken und des sogenannten unwerten Lebens sind Ergebnis einer grauenvollen Verblendung des Menschen. Wo die Ehrfurcht vor dem Leben des Menschen angetastet wird, da beginnen die Voraussetzungen dafür, daß wieder ungerechte Tötung überall in der Welt einsetzen kann. Es genügt nicht zur Bewältigung der Vergangenheit, die

Mörder zu richten. Wir müssen wachsam sein, daß die Ehrfurcht vor dem Leben nicht angetastet wird, und wir müssen auch wissen, daß heute in vielen Ländern der Welt durch einzelne, durch Wissenschaftler und selbst durch Behörden die Ehrfurcht vor dem werdenden Leben und das Recht der Ungeborenen nicht mehr ernst genommen wird. Viele täuschen sich darüber, daß hier ein Einbruch geschieht, daß hier eine Grenze angetastet wird, an deren Unantastbarkeit die Zukunft des Volkes hängen kann. Kein katholischer Christ kann die Tötung werden des Lebens bejahen und dabei mitwirken.

...So heißt Bewältigung der Vergangenheit nicht bloß Verurteilung des geschehenen Unrechts aus der Distanz, sondern es gehört die nüchterne Wachsamkeit dazu, daß wir bereits in den Anfängen widerstehen, wo der Haß, wo die Neigung zur Gewalt, wo die mangelnde Ehrfurcht vor dem Leben wieder Raum gewinnen und wieder namenloses Leid über die Menschheit bringen können. Es ist nicht die Aufgabe des Papstes, und es ist nicht die Aufgabe der Kirche, in politische Tagesdiskussionen einzugreifen. Es ist aber unsere Aufgabe, und wir werden sie zu erfüllen suchen, die Grundlagen und Grundhaltungen unermüdlich zu verkünden, aus denen allein Friede werden kann: unantastbares Recht, Würde des Menschen und brüderliche Liebe...

#### *Aus Süd- und Westeuropa*

**Diözesanverhältnisse in Italien** Die Diözesanverhältnisse in Italien sind für die Kirche seit langem ein leidiges Problem: rechtlich, strukturell, pastoral. Die vielen kleinen Zwergbistümer vergeuden eine Unmenge personeller Kräfte, die dringend anderswo eingesetzt werden müßten, fördern geistliche Kirchturmpolitik und Partikularismus, verhindern eine großräumig geplante Seelsorge, erleichtern nicht die gegenseitige Zusammenarbeit der Bischöfe und der kleinen, in sich kaum lebens- und aktionsfähigen kirchlichen Verwaltungen usw. Alle diese Verhältnisse sind nicht erst von heute, auch wenn sie heute mehr denn je als Anachronismus erscheinen. Man versucht auch nicht erst heute, irgendwelche Lösungen zu finden. Aber die Bemühungen blieben bis jetzt ohne nennenswerten Erfolg. Wohl auch deswegen nannte Papst Paul VI. in seiner für die Kirche Italiens historischen Ansprache an den italienischen Episkopat vom 14. April 1964 die übergroße Zahl von Diözesen an erster Stelle und verband damit die Mahnung an die Bischöfe, diese und andere Probleme der Kirche Italiens nicht einfach der Zeit zu überlassen. „Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge arbeitet die Zeit nicht für uns. Von allein lösen sich unsere Probleme nicht. Niemand soll glauben, unser ständiges und unbeschränktes Vertrauen auf die Vorsehung entbinde uns, die verantwortlichen Hirten, von der Pflicht, jede nur mögliche Anstrengung zu unternehmen, der Vorsehung Möglichkeiten für ihr barmherziges Eingreifen zu bieten.“ Man solle auch nicht glauben, jeder Bischof oder auch jede einzelne Region könne für solche Probleme eine ausreichende Lösung finden (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 462).

#### *Zahl und Verteilung der Diözesen*

Bereits die Frage nach der Zahl der Diözesen ist nicht so einfach zu beantworten, wie sie aussieht. Die Angaben in den verschiedenen Handbüchern variieren nicht nur

außerhalb Italiens, sondern in Italien selbst. Diese Varianten reichen von einem Maximum von 334 bis zu einem Minimum von 275 Diözesen. Auch die italienischen kirchlichen Handbüchern, das Jahrbuch der italienischen Diözesen, die Kirchliche Enzyklopädie und das Päpstliche Jahrbuch, vermögen keine übereinstimmenden Zahlen anzugeben. Die Unterschiede in der Zählung kommen freilich in erster Linie davon her, daß entweder nur die residierenden Bischöfe und nicht die Diözesen gezählt werden, andererseits zur Zahl der Diözesen auch die der anderen kirchlichen Jurisdiktionsgebiete, die Freien Abteien und Prälaturen, hinzugerechnet werden oder auch die Diözesen, die rechtlich bereits anderen, größeren Diözesen inkorporiert sind. Rechnet man nach der Gesamtzahl der kirchlichen Jurisdiktionsgebiete und nicht nach der Gesamtzahl der residierenden Bischöfe, so ergeben sich: 52 Erzdiözesen (einschließlich der Diözese Rom und des Patriarchats von Venedig); 256 Diözesen; 10 Freie Abteien und vier Freie Prälaturen. Im ganzen also 322 kirchliche Jurisdiktionsgebiete. Zu beachten ist auch, daß von den 52 Erzbistümern nur 41 Metropolitan-sitze sind, bei den anderen handelt es sich um Erzbistümer honoris causa. Nicht uninteressant für die Diözesanstruktur Italiens ist auch die Tatsache, daß 106 von den 322 Jurisdiktionsgebieten direkt dem Apostolischen Stuhl unterstellt sind. In zwei Regionen sind sämtliche Bistümer direkt Rom unterstellt. Mehrere Erzdiözesen haben nur ein einziges Suffraganbistum, das zudem noch vom betreffenden Metropolitan selbst verwaltet wird. Daneben gibt es auch Metropolitan-sitze ohne Suffragane. Manche Diözesen bilden kein geographisch geschlossenes Gebiet. Man sieht, die Geschichte hat hier Gebilde geschaffen, die sich darin erschöpfen, ihr Produkt zu sein. Ein sinnvoller Zusammenhang, pastoral oder auch allgemein kirchlich gesehen, bestand weder zur Zeit der Gründung und besteht noch viel weniger heute.

#### *Die Konzilsregionen*

Im Jahre 1919 wurden durch die für die Errichtung und Abgrenzung der Diözesen zuständige Konsistorialkongregation die sogenannten Konzilsregionen errichtet. Nach nachträglichen Korrekturen ist heute Italien in 21 Konzilsregionen eingeteilt, dabei sind aber Rom und die suburbikarischen Bistümer als jeweils selbständige Gebiete mitgezählt. Diese Konzilsregionen decken sich jedoch keineswegs mit den 19 geographischen Regionen Italiens, die künftig als den Provinzen übergeordnete autonome Verwaltungs- und Gesetzgebungseinheiten auch politische Bedeutung erhalten sollen. So bilden etwa die drei politischen Regionen Venetien, Friaul und Trentiner-Tiroler Etschland die Konzilsregion Triveneto, während Latium in zwei Konzilsregionen aufgeteilt ist. Diese Konzilsregionen lassen sich aber nicht etwa, was nahe-läge, der rechtlichen Struktur nach mit Kirchenprovinzen vergleichen: die meisten von ihnen umfassen mehrere Kirchenprovinzen. Ihre Bedeutung liegt vielmehr in der Bildung regionaler Bischofskonferenzen, die ohne festes Statut zu regelmäßigen Sitzungen zusammentreten und die gemeinsamen Angelegenheiten der Region erörtern. Die Vorsitzenden der Konzilsregionen bilden zusammen mit den italienischen Kardinälen die Italienische Bischofskonferenz, bei der es sich folglich nicht um eine Vollversammlung des Episkopats, sondern um ein nationales Spitzengremium mit einem vom Papst ernannten Präsidenten und Vizepräsidenten handelt. Neben den Kar-

dinälen und den Vorsitzenden der Regionen gehören der Bischofskonferenz auch verschiedene Titularbischofe mit nationalen Zuständigkeiten an. Die erste Vollversammlung des Episkopats fand während der Ersten Konzilssession statt.

### *Geschichtliche Gründe*

Gaetano Bonicelli, dessen Überblick in „Il Regno“ (Januar 1965) wir vorstehende Hinweise hauptsächlich entnommen haben, führt für die Überzahl an Diözesen und das uneinheitliche und unorganische Bild der kirchlichen Geographie Italiens mehrere geschichtliche Gründe an. Die meisten italienischen Diözesen können auf ein hohes Alter zurückblicken. Viele von ihnen reichen in die ersten christlichen Jahrhunderte zurück. Diese frühen Gründungsdaten fallen zusammen mit einer anderen Tatsache: Die Diözesangemeinschaft beschränkte sich in den ersten christlichen Jahrhunderten auf die um den Bischof gescharte Stadtgemeinde. Jedoch ist dieser frühe Ursprung kaum der einzige und vielleicht nicht einmal der maßgebliche Grund für die heutigen Verhältnisse. Auch bedürfte es einer eingehenderen geschichtlichen Untersuchung, inwieweit diese ursprünglichen Strukturen sich tatsächlich noch in den heutigen Diözesanstrukturen widerspiegeln oder diesen zugrunde liegen. Bonicelli weist auf die mittelalterliche Feudalstruktur hin: Die Machtpolitik der Kaiser und Fürsten ging dahin, nicht allzu starke Vasallen zu schaffen. Ein geistlicher Graf oder Fürst, der keine Erben hinterließ, paßte besser in dieses Konzept als eine Familie mit dynastischer Sukzession. Auf diese Weise mußten die geistlichen Fürstentümer dauernd vermehrt werden und damit auch die Diözesen. Aber solche Neugründungen beschränken sich keineswegs auf das Mittelalter. Bonicelli weist eine Reihe von Neugründungen von Kleinstdiözesen bis 1900 nach. Es kommt hinzu, daß Papst, Kaiser und Fürsten in seltener Einmütigkeit gleiche Interessen verfolgten. Die Gegenwart des Papstes in Italien hat seit den ersten Jahrhunderten die Gründung einer größeren Zahl von Diözesen begünstigt, weil so am besten die Anwesenheit einer genügend hohen Zahl von Bischöfen in der Umgebung des Papstes gewährleistet wurde. Dieser enge Zusammenhang zwischen Papsttum und italienischen Diözesanstrukturen hat bis heute seine Auswirkungen. Bonicelli weist darauf hin, daß auch heute noch die Bischöfe aus der Umgebung Roms (nicht nur die suburbikarischen Bischöfe) zu den Konsistorien eingeladen werden. Aber der Zusammenhang geht tiefer, als in diesem symbolischen Rest zum Ausdruck kommt. Bonicelli wendet sich gegen die „Unterstellung“, die große Zahl italienischer Bistümer habe dem Papst auch dazu gedient, um mit Hilfe einer solchen ergebenen Hausmacht seine Stellung gegenüber dem Weltepiskopat zu festigen. Und er führt das Konzil von Trient an, um zu zeigen, wie frei sich die italienischen Bischöfe gegenüber den Päpsten verhalten konnten. Und tatsächlich dürfte das Machtmoment überschätzt werden, jedenfalls hat es für unsere Zeit kaum noch eine Bedeutung. Trotzdem dürfte auch Bonicelli zugeben müssen, und er tut es auch indirekt, daß zwischen der Vielzahl kleiner Diözesen und der Nähe zu Rom ein direkter Zusammenhang besteht. Dieser Zusammenhang kann allein schon durch die Zahlenverhältnisse, die Bonicelli anführt, veranschaulicht werden. Von den 322 Diözesen (Jurisdiktionsgebieten) fallen auf Oberitalien 71, auf Süditalien 147 und auf Mittelitalien 104,

während sich die Einwohnerschaft wie folgt verteilt: Oberitalien 23 391 361, Süditalien 18 830 146, Mittelitalien 9 694 865. Noch deutlicher wird der Zusammenhang, vergleicht man auf der gleichen Basis die Durchschnittsgröße einer Diözese in den drei Landesteilen. So beträgt die Durchschnittsgläubigenzahl pro Diözese in Oberitalien 330 000, in Süditalien immerhin noch 136 000, in Mittelitalien aber nur noch 93 000. Mittelitalien umfaßt auch die größte Zahl von Zwergdiözesen. Von sechs Diözesen mit einer Gläubigenzahl bis 10 000 befinden sich fünf in mittelitalienischen Regionen (dazu gehört auch das suburbikarische Bistum Ostia mit nur einer einzigen Pfarrei), von 28 Bistümern mit 10 000 bis 30 000 Katholiken gehören 17 zu den mittelitalienischen Regionen, von den 37 Bistümern mit 30 000 bis 50 000 Katholiken gehören 19 zu Mittelitalien, von den 76 Bistümern mit 50 000 bis 100 000 Katholiken gehören 32 zu Mittelitalien, nur eine Diözese Mittelitaliens, nämlich Florenz, zählt mehr als 500 000 Katholiken. Eine Ausnahme bildet nur Rom selbst mit über 2 000 000 Katholiken.

### *Schwache kirchliche Strukturen*

Wäre das alles nur ein Problem der Zahlen, lohnte es sich kaum, darüber zu diskutieren. Die Zahlen sind aber Ausdruck einer bestimmten kirchlichen Struktur, von der die gesamte Seelsorge des Landes mitbetroffen ist. Auch da fällt auf, daß die Diözesen Mittel- und in ähnlicher Weise Süditaliens die pastoral am wenigsten gerüsteten sind. Ganze Regionen Mittel- und Süditaliens haben kein einziges Diözesanseminar. Aber nicht das ist das eigentliche Problem. Ein gutgeführtes Regionalseminar mit einer genügenden Seminaristenzahl und einem ausreichend qualifizierten Dozentenstab vermag um ein Vielfaches mehr als zehn kleine Diözesanseminare. So weist Bonicelli wohl mit Recht darauf hin, daß die vielen Kleinstseminare mit 10, 15 und 20 Alumnen, auf neun Jahre verteilt (Lyzealklassen, Philosophie und Theologie), für den Nachwuchs, die Auswahl und die Qualität des Klerus das viel größere und schwierigere Problem bilden. Bonicelli spricht von einem „pädagogischen Absurdum“. „Es hieße geradezu Gott versuchen, wollte man behaupten, daraus könnten Priester hervorgehen, die auf der Höhe der heutzutage geforderten Ausbildung sind.“ Während man aber heute in Frankreich bestrebt sei, Kleine Seminare (Knabenseminare) aufzulösen und Große Seminare interdiözesan oder regional zusammenzufassen, müsse man in Italien die gegenteilige Tendenz feststellen. Selbst Diözesen mit 15 000 Katholiken möchten ihr eigenes Knabenseminar haben mit den daraus folgenden pädagogischen Nachteilen, „für den, der bleibt, und für den, der geht“. Es lasse sich auch Widerstand gegen die bereits bestehenden Regionalseminare feststellen, die beim besten Willen nicht in der Lage sind, alle noch so partikulären lokalen Ansprüche zu berücksichtigen. Aber die Seminare sind nicht das einzige Zeichen unterentwickelter kirchlicher Strukturen in Italien. Die Diözesanstruktur mit der Vielzahl kleiner, kaum lebensfähiger, aber um so hartnäckiger auf ihre glorreiche Vergangenheit und ihre Rechte pochender Verwaltungseinheiten bilden, organisatorisch gesehen, das Haupthindernis für die Durchführung einer regionalen und nationalen Gesamtpastoral, wie sie von der heutigen sozialen und geographischen Mobilität Italiens gefordert wird. Italien ist heute das Land Europas mit der stärksten Binnenwanderung, von Süd nach Nord, und mit einer ebenso starken

Zuwanderung vom Lande in die großstädtischen Ballungsgebiete mit allen sozialen und pastoralen Folgen einer sich überstürzenden Verstädterung. Angesichts dieses Phänomens ist die Seelsorge in allen europäischen Ländern hinter den wahren seelsorglichen Bedürfnissen zurückgeblieben. Insofern macht Italien keine Ausnahme. Aber einige simple Fakten zeigen, welche Diskrepanz zwischen diesem Phänomen und dem Einsatz pastoraler Mittel gerade in Italien besteht. Bonicelli weist darauf hin, daß das Jahrbuch für die Diözese Rom keine einzige sichere Katholikenzahl für die 218 Pfarreien der Stadt Rom angeben kann. Dieses Faktum lasse sich nicht mit dem Hinweis auf die Größe der Millionendiözese und die besondere Situation Roms entschuldigen. Nicht einmal Diözesen mit bis zu 100 000 Katholiken seien in der Lage, annähernd sichere Zahlen anzugeben, und begnügten sich mit abgerundeten Pauschalen. Ein kirchenstatistisches Kuriosum ist auch der oftmals belächelte Umstand, daß das Päpstliche Jahrbuch gerade über die Katholikenzahl Roms keinen Aufschluß gibt. Bonicelli kommentiert diesen Mangel an statistischer Präzision, der auf viel tiefgreifendere Mängel schließen läßt: „Man kann hier nicht anders als den Hauch eines Systems spüren, gegen das Pius XII. in seiner berühmten Ansprache an die Pfarrer Roms 1955 so lebhaft protestiert hat [vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 315]. Wir wagen niemanden anzugreifen, aber hier befinden wir uns außerhalb der gängigen Wertung der Fakten und deswegen wahrscheinlich auch außerhalb des Rahmens der vom Konzil von Trient für jede Diözese oder Pfarrei festgesetzten Pflichten, wenn wir schon nicht ganz einfach auf das biblische Beispiel des guten Hirten, der seine Schafe kennt, zurückgreifen wollen.“

Solche Fakten lassen sich zum Teil wenigstens durch die überstürzte moderne Bevölkerungsbewegung erklären oder entschuldigen. Aber Bonicelli tadelt eine Reihe anderer Mißstände, die enger und direkter mit der bestehenden Diözesanstruktur und dem damit hochgezüchteten kirchlichen Partikularismus zusammenhängen. Er beklagt die Vergeudung kirchlicher Mittel, auch finanzieller Mittel. In allzu vielen Fällen müsse man Mittel finden und investieren, die nichts anderem als der Stützung eines — im übrigen verständlichen — Diözesanprestiges oder der elementaren diözesanen Subsistenz dienen. Allzuoft müßten ungeheure Kapitalien investiert werden, um Strukturen aufrechtzuerhalten, die sich auf lange Sicht auch auf die eigentliche pastorale Zielsetzung negativ auswirken. Wiederum kommentiert Bonicelli: „Wollte man eine Aufstellung der Schenkungen und Zuwendungen machen, die unter vielerlei Titeln in den letzten 15 Jahren von öffentlichen Körperschaften und Stellen gemacht worden sind, glaube ich, wäre ein Gefühl der Verlegenheit unvermeidlich. Und das, während die Dringlichkeit einer pastoralen Strukturanpassung an der Basis ... dramatische Formen aufweist.“ Wie solle man die Gläubigen zur Gebefreudigkeit erziehen, wenn sie nur mit ein klein wenig Aufmerksamkeit feststellen können, welcher unrationellen Gebrauch man von ihren Gaben macht. Die Kirche könne selbstverständlich auf ihre pastoralen Wertungen nicht ohne weiteres die Methoden der Wirtschaft und der Industriesoziologie anwenden, aber Kapital- und Personalvergeudung erweise sich auch pastoral als unproduktiv. Bonicelli kritisiert in diesem Zusammenhang auch den Diözesanpartikularismus in der kirchlichen Presse. Die Aufrechterhaltung von Hunderten von

Diözesanblättern stelle nur den absurden Versuch dar, Hindernisse gegen den objektiven Sinn von Information aufzurichten oder zu erhalten.

Bonicelli nennt zwei weitere Mängel, die mit der Aufrechterhaltung ineffizienter oder überholter Strukturen zusammenhängen: Die Unmöglichkeit, unter den gegebenen Voraussetzungen der Bevölkerungsbewegung vom Land in die Städte zu folgen und den Klerus auf überpfarrliche oder überdiözesane Aufgaben zu spezialisieren und Fachkräfte am rechten Platz einzusetzen. Die Diözese gebe dafür nicht den genügenden Rahmen her; das starre Festhalten an diözesanen Rechten verhindere aber die Zusammenarbeit auf überdiözesaner Ebene. Es handle sich hier um „die am meisten zu fürchtende Grenze“, die der Kirche der Zukunft durch die kirchlichen Strukturen gesetzt werde. Bonicelli weist auch auf die negativen Folgen für eine Reaktivierung der Laien und das gesamte kirchliche Organisationswesen hin. Verbandsassistenten kleiner Diözesen würden mit unproduktiver Arbeit belastet. Mancher Diözesanassistent habe nicht mehr als drei oder vier Vereine zu betreuen, das bedeute ebenso viele National-, Regional- und Diözesankongresse, während solche Assistenten an Ort und Stelle aus Mangel an Spezialisierung kaum in der Lage seien, fruchtbare Arbeit zu leisten. Dieser Mangel an Vitalität stoße die Laien ab, führe ins klerikale Getto.

#### *Diözesangrenzen und wachsende gesellschaftliche Verflechtung*

Bonicelli zieht aus dieser Situation die grundsätzliche Konsequenz: Unabhängig von der Frage, ob die kleinen diözesanen Zentren einmal die pastorale Kraft besessen haben, die man ihnen gerne zuschreibt, müsse auch die Pastoral zur Kenntnis nehmen, daß die kleinen lokalen Gemeinschaften durch die zunehmende gesellschaftliche Verflechtung überholt seien. Die kleinen Gemeinschaften haben an Einflußfähigkeit in jeder Hinsicht eingebüßt. Die stimulierenden Kräfte gehen heute nicht mehr von ihnen, sondern von größeren Gemeinschaften mit differenzierteren sozialen Beziehungen aus. Die Kirche müsse ihre Strukturen auf den Lebenszentren unserer Gesellschaft aufbauen oder zum mindesten sich stärker um Planung und Koordinierung bemühen. Es klingt der Vorwurf an, die Kirche Italiens verwechsle die ekklesiastischen Strukturen noch zu sehr mit den ekklesialen, das zufällig Gewordene mit ihrer gottgewollten Verfassung. Er gibt freilich und wohl auch mit Recht zu bedenken, daß auch mit einer optimalen Diözesaneinteilung nicht alles getan ist, daß es auch einen Partikularismus der großen Diözesen gibt, die sich der notwendigen pastoralen Koordination widersetzen. Wenn Bonicelli allerdings darauf hinweist, daß die Kirche Italiens bisher die Kirche mit den schwächsten regionalen und nationalen Institutionen war, daß es z. B. auf liturgischem Gebiet kein gemeinsames Lektionar und kein gemeinsames Direktorium gibt, so hat das wohl auch, wenigstens entfernt, mit der konkreten Diözesanstruktur zu tun.

#### *Welche Lösungen?*

Welche Lösungen bieten sich für die Verringerung der Diözesen und damit für eine Kräftigung kirchlicher Strukturen an? Einen Weg ist man bereits verschiedentlich in der Vergangenheit gegangen, indem zwei oder mehr benachbarte Zwergdiözesen einem Bischof in Personalunion anvertraut wurden. Bonicelli sieht darin einen

bemerkenswerten Schritt, aber keine Lösung des Problems. Zwischen 300 Bischöfen sei schließlich noch leichter eine Einigung zu erzielen als zwischen 300 Domkapiteln und Ordinariaten. Zudem bliebe eine Überzahl an Institutionen (Verwaltungen, Verbände, Seminare) weiterbestehen. Es gibt näherliegende und zugleich wirksamere Lösungen. Bekanntlich sieht das Konkordat von 1929 zwischen dem Apostolischen Stuhl und dem italienischen Staat die Anpassung der Diözesangrenzen an die Provinzgrenzen vor. Art. 16 sieht die Einsetzung gemischter Kommissionen vor, die diese Anpassung schrittweise durchführen sollen. Art. 17 schränkt dann allerdings ein durch den Hinweis, die Reduzierung der Diözesen sollte nach und nach durchgeführt werden, wenn die entsprechenden Bischofssitze vakant werden. Aber selbst dieser Artikel hat bisher kaum Anwendung gefunden. Seit 1929 gibt es nur einige wenige schüchterne Versuche. Der vielleicht bisher entschiedenste Versuch war die Neuregelung der Diözesanverhältnisse in Trentino-Südtirol im August vorigen Jahres (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 559), bei der man sich strikte an Konkordatsvereinbarungen gehalten hat, obwohl es dabei eine Reihe von lokalen Widerständen zu überwinden galt. Diese Regelung kann zudem als Beispiel für spätere allgemeinere Regelungen angesehen werden, die in letzter Zeit offenbar wieder energischer von seiten der Konsistorialkongregation im Einvernehmen mit der Italienischen Bischofskonferenz angestrebt werden. Das Prinzip der Anpassung der Diözesan- an die Provinzgrenzen hat allerdings nur beschränkte Geltung, weil die Provinzzentren nicht unbedingt mit den Lebenszentren eines Industrielandes zusammenfallen und auch die noch bestehende Provinzeinteilung von der gegenwärtigen Entwicklung in vielen Fällen überholt scheint. Da damit zu rechnen ist, daß in Zukunft die geographischen Regionen größeres politisches Gewicht erhalten, gilt es bei einer Neueinteilung auch diese Entwicklungsmöglichkeiten zu beachten. Auf alle Fälle ist eine Neustrukturierung nur im Verlaufe eines langwierigen Umformungsprozesses möglich.

**Fortbestehen innerkatholischer Spannungen in Frankreich**

Die innerkirchlichen Auseinandersetzungen, die durch die Erneuerungsbewegung des Zweiten Vatikanischen Konzils mehr oder weniger in allen Ländern und in allen kirchlichen Bereichen ausgelöst wurden, haben in Frankreich während der letzten Monate besonders heftige Formen angenommen. Sie bilden offenbar eine Wachstumskrise, bei der alle Licht- und Schattenseiten eines engagierten, aber in der religiösen Mentalität, in der sozialen Aktion und in der politischen Orientierung gespaltenen Katholizismus sichtbar werden. Ausdruck dieser innerkatholischen Spannungen war u. a. der Streit um das Buch von Michel de Saint Pierre „Les nouveaux prêtres“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 300), in dem es nicht nur um einen Angriff auf bestimmte Seelsorgsmethoden ging, sondern die gesamte pastorale Erneuerungsbewegung in Frankreich, wie sie vor allem durch die Arbeitermission in Erscheinung getreten ist, in Frage gestellt wurde; der Konflikt zwischen dem französischen Episkopat und der katholischen Studentenschaft (JEC) um die künftige Orientierung des Verbandes und dessen Zusammenhang mit der spezialisierten Katholischen Aktion (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 353) sowie die Rüge, die der Episkopat der

linksgerichteten katholischen Wochenzeitung „Témoignage Chrétien“ wegen der Veröffentlichung und besonderen Herausstellung eines Artikels von Roger Garaudy, einem Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs, erteilte.

*Droht ein „Schisma“?*

Verschiedene Anzeichen und vor allem Diskussionen, die ihren Niederschlag auf verschiedenen Tagungen mehrerer Verbände der spezialisierten Katholischen Aktion (Katholische Aktion der Arbeiterschaft, Katholische Aktion der freien Berufe, Katholische Landjugend) gefunden haben, weisen darauf hin, daß die Diskussion bzw. die Auseinandersetzungen um die innerkirchliche Erneuerung, die, vermischt mit politischen Kategorien, von Anfang an zugleich eine Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen politischen Gruppen von rechts und links war, inzwischen an Schärfe nichts verloren haben. Auf dem Hintergrund dieser Spannungen muß die in der Öffentlichkeit als sensationell empfundene Äußerung des Erzbischof-Koadjutors von Rouen, André Pailler, auf einer Tagung der Katholischen Aktion der freien Berufe (ACI) gesehen werden, man müsse für Ende dieses Jahres, wenn die letzten Konzilsdekrete, insbesondere die Erklärung über die Religionsfreiheit und das Schema 13, verabschiedet seien, mit der Möglichkeit eines Schismas rechnen, da bestimmte katholische Kreise offenbar nicht bereit seien, sich der kirchlichen Erneuerungsbewegung anzuschließen bzw. dem Rufe der Bischöfe zu folgen (vgl. „Le Monde“, 13. 5. 65). Grund dieses Widerstandes sei, so betonte Erzbischof-Koadjutor Pailler, eine bedauerliche Vermischung von Glaubensinhalten mit bestimmten Traditionen oder religiös-politischen Vorstellungen. Man unterscheide nicht genügend zwischen dem Glauben und den verschiedenen Erscheinungsweisen des religiösen Lebens und verschließe sich auf diese Weise leicht vor der in Gang befindlichen Entwicklung, lasse es an Offenheit ermangeln, die für die Erneuerung der Kirche notwendig sei. In seiner offenbar nicht schriftlich vorbereiteten Rede gab der Erzbischof deutlich zu verstehen, daß der Widerstand gegen die innerkirchlichen Reformen gerade bei den Vertretern der freien Berufe, also in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten, anzutreffen sei. Bischof Huyghe von Arras, der sich in einem Artikel seines Diözesanblattes auf die Äußerung Paillers bezog, präziserte diese wie Pailler selbst in einer späteren Erklärung dahingehend, daß es sich um kein Schisma im juristischen Sinn handle, daß aber einzelne und Gruppen die Kirche nach dem Konzil verlassen würden. Bereits jetzt gehörten manche von diesen der Kirche innerlich nicht mehr an.

*Gegensätzliche Reaktionen*

Diese von der gesamten französischen Presse verbreitete Äußerung von Erzbischof-Koadjutor Pailler führte, wie zu erwarten, zu weiteren, teils heftigen Reaktionen in der französischen Öffentlichkeit sowohl von seiten der linksstehenden Gruppen wie von seiten der extrem konservativen Rechten. Daß dabei jede Strömung die von Erzbischof-Koadjutor Pailler angedeutete Gefahr jeweils auf die andere Gruppe bezog, verstand sich von selbst. Vertreter der politisch rechtsstehenden Gruppen setzten sich zur Wehr. So erklärte sich Pierre Debray, der unter anderem auch in der Auseinandersetzung um das Buch von Michel de Saint Pierre hervorgetreten ist, entschieden gegen die Aussagen bzw. Unterstellungen von Pailler. Er

halte, so erklärte er, es nicht für christlich, die Kirche als geschlossene Formation darzustellen, in deren Spannungsfeld „Integristen“ und „Modernisten“ einander gegenüberstehen und bekämpfen. Ebenso sei es falsch, das Konzil immer wieder mit politischen Kategorien zu messen und als Kampf einer Mehrheit gegen eine Minderheit darzustellen. Eine solche Klassifizierung erwecke bei den „Integristen“ den Eindruck, als ob sie in der Kirche keine Existenzberechtigung hätten. Debray beteuerte die kirchliche Treue derer, die anderer Meinung als die Mehrheit sind, und gab in etwas polemischer Form zu verstehen, daß ein Schisma jedenfalls nicht von ihrer Seite kommen werde (vgl. „Le Monde“, 22. 5. 65).

Aber auch von anderer Seite stieß die Aussage des Erzbischof-Koadjutors Pailler nicht gerade auf Zustimmung. So erklärte der bekannte Pariser Vorstadtpfarrer Georges Michonneau, einer der profiliertesten Wortführer und Vorkämpfer der Erneuerung der Pastoral in Frankreich, der sich seinerzeit sehr scharf gegen das Buch von Michel de Saint Pierre gewandt hatte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 300), nach „Le Monde“ (19. 5. 65), das eigentliche Problem sei heute nicht die von Pailler angedeutete Gefahr eines Schismas einer kleinen Gruppe, sondern die wirkliche Gefahr bestehe auch jetzt im stillen Abfall, im schweigenden „Schisma“ derer, die täglich der Kirche den Rücken kehrten, weil sie sich von ihr nicht verstanden und von ihrer Liturgie nicht angesprochen fühlten. Das sei das wirkliche Problem, mit dem sich die Kirche heute zu befassen habe. Damit wollte Michonneau freilich weniger gegen die Behauptung von Pailler Stellung beziehen, als vielmehr darauf hinweisen, daß die Kirche, wenn die innerkirchliche Reformbewegung wirklich vorangetrieben werden soll, nicht einseitig wegen möglicher Gefahren des Widerstandes auf kleine, den Reformen sich verschließende Gruppen Rücksicht nehmen könne und dabei dann die verliere, denen sich die Kirche in ihrer Verkündigung neu erschließen müßte.

#### *Die Stellung des Episkopats*

In den ganzen bisherigen Auseinandersetzungen, über die wir bereits in den letzten Heften der Herder-Korrespondenz berichtet haben, geriet der Episkopat, der jeweils von einer der beiden streitenden Parteien in Anspruch genommen wurde, ins Zwielicht. Sogenannte Konservative versuchten ihn gegen sogenannte Progressisten, sogenannte Modernisten gegen „Integristen“ auszuspielen, und tatsächlich ließ man es in gewissen Kreisen nicht an einem gewissen Triumphgefühl ermangeln, als der Episkopat in die internen Auseinandersetzungen der katholischen Studentenschaft eingriff und den politisch und sozial linksorientierten Vorstand der JEC entließ und „Témoignage Chrétien“ wegen seiner konzilianter Gesprächseinstellung gegenüber den Marxisten tadelte.

Andererseits ist die andere Seite gewohnt, jede Stellungnahme des Episkopats zu ihren Gunsten und als gegen die beherrschenden Gruppen gerichtet zu interpretieren. Wo die überwältigende Mehrheit des Episkopats tatsächlich steht, beweist nicht nur der Hinweis von Erzbischof-Koadjutor Pailler, sondern beweisen auch zahlreiche Presseerklärungen, Interventionen und Hirten schreiben verschiedener französischer Bischöfe, auch wenn bisher die Bischofskonferenz als solche eine gemeinsame Erklärung zu den Auseinandersetzungen vermieden hat. Als eine von vielen Stellungnahmen sei hier nur die gemeinsame Erklärung von Kardinal Felin und seinem Koadju-

tor Veillot erwähnt, die unmittelbar nach der Rüge an „Témoignage Chrétien“ veröffentlicht wurde (vgl. „La Documentation Catholique“, 2. 5. 65). Darin hieß es unter anderem, der französische Episkopat müsse feststellen, daß bestimmte Publikationsorgane, die „vorgeben, dem Interesse der Kirche zu dienen“, Christen, Priester und Laien verleumdete. Publikationen und Wochenschriften maßten sich an, in pastoralen Fragen Verurteilungen auszusprechen und Richtlinien zu erlassen. Systematisch würden von ihnen selbst Konzilsentscheidungen kritisiert. Der Wortlaut der Erklärung läßt deutlich erkennen, daß damit jene die Reformen bekämpfenden Gruppen gemeint waren, von denen Erzbischof-Koadjutor Pailler in einem späteren Rundfunkkommentar zu der oben erwähnten Äußerung auf dem Kongreß der ACI sagte, sie machten sicher nicht mehr als fünf Prozent der aktiven Katholiken aus.

#### *Der Anspruch der Laien*

Angesichts dieser Auseinandersetzungen nimmt es nicht wunder, daß einzelne französische Bischöfe zunehmend stärker das Gewicht der kirchlichen Autorität und die Gehorsamspflicht der Laien gegenüber der Hierarchie betonen. In diesem Zusammenhang muß auch die Äußerung des Apostolischen Nuntius in Frankreich, Erzbischof Paolo Bertoli, gesehen werden, der auf der Jahrestagung der ACO (Katholische Aktion der Arbeiterschaft) diese mahnte, mehr über das dritte Kapitel der Kirchenkonstitution nachzudenken und die Rolle der Bischöfe in der Kirche und die Autorität des Papstes besser zu beachten. Freimütig entgegnete allerdings der Vorsitzende der ACO, F. Lacambre: „Wir meditieren das dritte Kapitel der Konstitution über die Kirche, aber für uns ist dieses Kapitel nicht von Kapitel vier und speziell von § 37 zu trennen“, der verlange, daß die Laien „ihre Bedürfnisse und Wünsche mit der Freiheit und dem Vertrauen, wie es den Kindern Gottes und den Brüdern in Christus ansteht“, eröffnen. Hier zeichnet sich offensichtlich nicht nur ein Gegensatz zwischen katholischen Gruppen, sondern auch eine gewisse Krise in der Ausübung der bischöflichen Autorität ab, die bereits im Vorgehen gegen den Vorstand der JEC offenbar geworden ist und der auch in den nicht endenden Auseinandersetzungen um die Natur und die Aufgaben der Katholischen Aktion, über die auf allen Tagungen der verschiedenen katholischen Verbände diskutiert wird, seinen Niederschlag gefunden hat.

**Ökumenische Arbeit in Spanien** Die spanische Kirche hat sich in einer erstaunlichen Intensität den ökumenischen Gedanken zu eigen gemacht. Wir haben darüber in den letzten Jahren laufend berichtet: über das Werk „Oriente Cristiano“ mit Studienhaus, Seelsorgszentrum, Fachbibliothek und zwei Zeitschriften in Madrid (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 256), über den Osterhirtenbrief 1964 von Kardinal Bueno y Monreal (18. Jhg., S. 367 ff.), über das allgemeine ökumenische Klima (15. Jhg., S. 154 f.; 17. Jhg., S. 359 f.; 18. Jhg., S. 324).

#### *Ökumenisches Zentrum in Salamanca*

Den ersten Rang in der wissenschaftlichen ökumenischen Arbeit nimmt seit einigen Jahren das „Ökumenische Zentrum Johannes XXIII.“ der Päpstlichen Universität Salamanca ein, das mit dieser altangesehenen kirchlichen Hochschule (1300 Studenten), mit der Stadt Salamanca

und ihrer Vielzahl von Seminaren und Kollegien und weiterhin der staatlichen Universität (4000 Studenten) ein ideales geistiges Hinterland besitzt. Dem „Centro Eucuménico“ steht ein „Círculo Eucumenista Juan XXIII“ als Arbeits- und Gebetsgemeinschaft mit fester Mitgliedschaft zur Seite. Beide Gründungen stehen unter der Leitung von José Sánchez Vaquero, Professor für orientalische Theologie an der Päpstlichen Universität, der ein Buch „Oremos por la Unidad“ mit Arbeitsmaterial, Betrachtungen und Gebeten veröffentlicht hat.

Das Ökumenische Zentrum veranstaltet monatliche Fachvorträge über ökumenische Themen von Spaniern und (überwiegend) Ausländern, im Herbst eine Tagung mit breiter Beteiligung zur Einführung in den Ökumenismus sowie im Frühjahr eine theologische Fachtagung.

#### *Orthodoxe Ekklesiologie*

Das erste dieser Theologentreffen hatte an Ostern 1964 zum Thema „Ekklesiologie und Ökumenismus“ stattgefunden. Das zweite widmete sich in der Osterwoche 1965 dem Thema „Orthodoxe Ekklesiologie und Vatikanisches Konzil“ und versammelte im Maronitischen Kolleg in Salamanca fünfzig Theologieprofessoren, Priester, Seminaristen, Nonnen und Laientheologinnen aus zehn spanischen Diözesen, aus der Schweiz, dem Libanon und den USA. Referenten waren M. J. Le Guillou OP (Zentrum „Istina“, Paris), Herbert Auhof (Herder Correspondence“, Freiburg i. Br.), José Perarnau (Professor für Dogmatik in Segorbe-Castellón und Konzilstheologe) und Gerard Fransen (Professor für Kirchenrecht an der Universität Löwen). Le Guillou, der die Tagung theologisch leitete und die meisten Referate hielt, konfrontierte die Teilnehmer eingehend mit den Kernpunkten orthodoxer Theologie, die heute für die katholische Kirche einen unüberhörbaren Ruf zur Rückbesinnung auf die gemeinsame altchristliche Tradition darstellen: Kirche als Leib Christi — Communio — Sakrament der Sakramente — als Feier der Eucharistie der um den Bischof versammelten Gemeinde; Heiliger Geist — Vergöttlichung des Menschen — Maria als „Mutter des Mysteriums“ — Epiklese.

Le Guillou charakterisierte das Vatikanum II als ein „Konzil des Übergangs“ und nannte die Bezüge der Kirche zur Welt, die Freiheit und den evangelischen Geist als die Forderungen der Stunde. Es sei von entscheidender Bedeutung, ob, in welcher Form und mit welcher Überzeugungskraft das Konzil das Dokument von der religiösen Freiheit verabschiede. Auhof behandelte in einem Gesamtüberblick den Klimawandel zwischen Rom und der Orthodoxie, Professor Perarnau die Aussagen über die orientalischen Kirchen im Ökumenismusdekret, Professor Fransen in einem öffentlichen Vortrag der Päpstlichen Universität das Thema „Kirchenrecht und Ökumenismus“.

Die Diskussionen und Kolloquien während der Tagung zeichneten sich durch ein hohes theologisches Niveau und durch eine bemerkenswerte Aufgeschlossenheit und Welt-offenheit aus. Sie kreisten um die Themen Communio — Koinonia — Sobornost — Kollegialität — Primat — Ausübung der kirchlichen Autorität, Communicatio in sacris.

Eine auf eine breitere Zuhörerschaft ausgerichtete ökumenische Tagung fand vom 1. bis 6. Juni in Santiago de Compostela statt. Sie war das Ergebnis der Zusammenarbeit der verschiedenen ökumenischen Zentren, stand

unter dem Patronat von Kardinal Quiroga y Palacios, Erzbischof von Santiago, und hatte mit Ausnahme von Patriarch Sidarouss als prominentem ausländischem Gast die bekanntesten spanischen Ökumeniker als Referenten.

#### *Protestantische Reaktionen*

In Barcelona gibt es seit einigen Jahren ein „Centro Eucuménico“, das aus der Initiative der Kapuziner entstanden ist (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 58). Sein Nachrichtendienst trug zunächst den Titel „Orientación y Información Eucuménica“ und heißt heute schlicht „Circular“. Das Zentrum veranstaltet monatliche Zusammenkünfte von Katholiken und Protestanten, jeweils mit gemeinsamer Schriftlesung, Gebet, Referat und Aussprache.

Ein Mitglied des Zentrums, Juan Estruch, nahm als Delegierter der „Iglesia Española Reformada Episcopal“ an der Tagung des Spanischen Evangelischen Bundes teil, die vom 4. bis 6. Mai 1965 in Madrid stattfand. Innerhalb des Themas „Beziehungen mit den Katholiken“ wurde dabei auch das Barceloneser Zentrum besprochen und von der Mehrheit der protestantischen Kirchenführer scharf kritisiert. Die protestantischen Mitglieder des Zentrums hätten sich in der Arbeit dieser katholischen Gründung allzusehr exponiert, ohne die Gläubigen der verschiedenen protestantischen Religionsgemeinschaften daran zu beteiligen.

Der Spanische Evangelische Rat (Consejo Evangélico Español) ist als Nachfolger des „Evangelischen Verteidigungsausschusses“ der Zusammenschluß aller protestantischen Gemeinschaften als Vertretung gegenüber der Öffentlichkeit. Seine Leitung liegt nunmehr ganz in spanischen Händen; Generalsekretär ist der evangelische Pfarrer Rechtsanwalt José Cardona-Gregori.

Wie Pfarrer Cardona-Gregori bei der Tagung in Madrid erklärte, hat sich die Lage der protestantischen Minderheit in jüngster Zeit wesentlich gebessert. Alle gottesdienstlichen Räume in Spanien sind heute wieder in Benutzung, allerdings 40 Prozent von ihnen noch ohne formelle Genehmigung. Der Abschluß einer standesamtlichen Ehe sei nicht mehr mit den gleichen Schwierigkeiten wie früher verbunden. Außer der Einfuhr protestantischer Schrifttums aus dem Ausland sei die Veröffentlichung „zahlreicher Bücher“ in eigener Regie gestattet worden. Zum erstenmal arbeitet in Barcelona auch wieder eine kleine protestantische Druckerei, in der u. a. die Zweiwochenschrift „Portavoz“ („Sprachrohr“, Auflage 6000) hergestellt wird. Auch eine evangelische Buchhandlung (mit Firmenschild und Schaufenster) werde in Barcelona eröffnet.

Der spanische Staat hat den Erlaß des lange erwarteten neuen „Protestantenstatuts“ zurückgestellt, bis das Konzil die Erklärung über die Religionsfreiheit verabschiedet hat.

#### *Fragwürdige „katholische Einheit“*

Die Editorial Católica, der größte und angesehenste, von Kardinal Herrera y Oria geleitete Verlag Spaniens, hat einen literarischen Wettbewerb zum Thema der katholischen Einheit ausgeschrieben, der mit 100 000 Peseten (6500 DM) dotiert ist. Der Text des Inserates hat folgenden Wortlaut:

„Editorial Católica Española, der Gefahren bewußt, die für die spanische Gesellschaft aus dem religiösen Pluralismus erwachsen, weil dieser die moralische und politische

Einheit unseres Volkes angreift, schreibt diesen Preis mit dem Ziel aus, das Studium der *katholischen Einheit* als des politisch-sozialen Fundaments Spaniens zu fördern“ (Hervorhebung im Original).

Gegen diese Ausschreibung wendet sich das Organ der katholischen Jugend Spaniens, „Signo“ (15. 5. 65), mit einem Leitartikel unter dem Titel „Das gefällt uns nicht“. Es heißt darin: „Diese Haltung scheint uns wenig im Einklang mit dem Geist des Konzils zu sein, d. h. des größten Teils der Väter, die am Konzil teilnehmen. Sie scheint uns auch wenig mit dem in Einklang zu stehen, was über das gleiche Thema die Mehrzahl der spanischen Bischöfe denkt, die sich mit 65 gegen 25 gegen die Vertagung der Abstimmung über die Religionsfreiheit aussprachen. Der Text der Anzeige bereitet uns schlichtweg einen ziemlichen Schmerz; sie zeigt nämlich Mißtrauen, Furcht; sie ähnelt der Haltung von Kindern, die singen, wenn sie Angst haben.“

Die Katholische Aktion Spaniens hat aus Anlaß ihres Nationaltages am 6. Juni einen Aufruf „an die spanische Gesellschaft“ gerichtet. Es heißt darin, daß die Einheit des Landes nicht durch Gewalt, sondern nur aus der freien Mitarbeit aller entstehen könne. Legitime Meinungsverschiedenheiten innerhalb des „breiten Rahmens der Grundsätze der individuellen und sozialen Moral“ müßten respektiert werden. Eine solche Mitarbeit aller erfordere neben dem notwendigen Respekt vor der Autorität die Teilnahme aller am Dialog. Einheit sei unmöglich zu verwirklichen, wenn unter dem Mantel ideologischer Meinungsverschiedenheiten sich Egoismus verberge. Dieser Egoismus sei schuld daran, daß immer noch Widerstände gegen die von der Sozialgerechtigkeit geforderte Reform vorhanden sind.

Das Manifest spricht von einer „dreifachen konzentrischen Einheit“: Katholiken, Christen und alle Menschen. Von den Katholiken werde erwartet, daß sie nicht die Kirche mit rein zeitlichen Haltungen oder Interessen identifizieren. Für die Christen anderer Konfessionen bittet die Katholische Aktion um „ein Klima gegenseitiger Achtung, wahrhafter Information und auch gut vorbereiteten Dialogs“. Dieses Klima, so heißt es, „soll seinen juristischen Ausdruck in einem Statut über die religiöse Freiheit finden“. Der Aufruf der Katholischen Aktion ist als ein Vorstoß zugunsten der baldigen Verabschiedung des Protestantensstatuts anzusehen.

#### Neuerungen im theologischen Ausbildungswesen Englands

In dem Bemühen, die Anregungen des Konzils für die Erneuerung der theologischen Bildung von Priester und Laien aufzugreifen und zu verwirklichen

und auf diese Weise der theologischen Ausbildung in England ein stärkeres, auch in der Öffentlichkeit anerkanntes Gewicht zu geben, wurde vom englischen Episkopat in Übereinstimmung mit dem Jesuitenorden eine Neuerung durchgeführt, die wegen ihres besonderen Charakters über England hinaus eine gewisse Bedeutung hat.

Im März dieses Jahres wurde von seiten des englischen Episkopats die Errichtung eines „Athenaeum Heythropense Studiorum Ecclesiasticorum“ bekanntgegeben. Wie schon der Name besagt, handelt es sich dabei nicht um die Gründung einer neuen Theologischen Hochschule, sondern um die Umstrukturierung und den Ausbau des bisherigen Heythrop College, der Philosophisch-Theologischen

Hochschule der englischen Jesuitenprovinz, zu einer Philosophisch-Theologischen Hochschule mit kirchlichem Universitätsrang unter der Leitung des Episkopats von England und Wales. Kanzler der neuen Hochschule wird in der Zukunft nicht der Ordensgeneral der Jesuiten, sondern der Erzbischof von Westminster sein. Der Provinzial der englischen Jesuitenprovinz bleibt Vizekanzler. Bisher konnten, da es sich um eine Ordenshochschule handelte, nur Jesuiten als ordentliche Hörer an der Hochschule inskribiert werden. Ab jetzt soll die Hochschule allen Theologiestudierenden, einschließlich der Laien, offenstehen. Der neue Lehrbetrieb wird mit Herbst dieses Jahres beginnen. Die Hochschule besteht aus zwei Vollfakultäten, aus einer philosophischen und theologischen, die beide die vorgesehenen Grade des Bakkalaureats, des Lizentiats und des Doktorats verleihen können. Die Fakultäten unterstehen allerdings weiterhin Jesuiten, und die Jesuiten stellen auch die Professoren. Daneben sollen aber, um den universellen Charakter der Hochschule stärker hervorzuheben, Gastprofessoren und -dozenten zu Vorlesungen aus anderen Orden und aus dem Weltklerus zugelassen werden. Der neuerrichtete Lehrstuhl für Ökumenische Theologie ist ebenfalls von einem Jesuiten besetzt, aber Dozenten verschiedener Kirchen sollen zu Gastvorlesungen eingeladen werden.

Das Ziel dieser Umstrukturierung war nach einer Verlautbarung des Erzbischofs von Westminster, Kardinal Heenan, ein doppeltes: 1. dem englischen Katholizismus eine repräsentative Theologische Hochschule zu eröffnen, 2. einen engeren Kontakt mit den Staatsuniversitäten zu ermöglichen. Diesem zweiten Zweck kommt schon die günstige geographische Lage der Hochschule entgegen, die 16 Meilen von Oxford entfernt liegt und bereits bisher enge Kontakte mit Oxford unterhielt. Der Erzbischof wies bei der Gelegenheit darauf hin, daß Priesterausbildung selbstverständlich mehr bedeute als Universitätsausbildung oder theologisches Studium, aber es habe sich die Notwendigkeit gezeigt, theologische Studienzentren zu schaffen, die allmählich auch in den Augen der Universitäten und des Staates zu einem wesentlichen Bestandteil des akademischen Lebens des Landes werden können (vgl. NCWC News Service, 9. 3. 65).

Fast zur gleichen Zeit wurde durch den Erzbischof von Westminster die Errichtung eines Corpus-Christi-College, eines Höheren Katechetischen Instituts, in London bekanntgegeben, das seinen Lehrbetrieb ebenfalls im Herbst dieses Jahres aufnehmen soll. Zum Leiter dieses Katechetischen Fachinstituts, dem laut Mitteilung des Erzbischofs die Katechetischen Institute in Paris, Brüssel, Straßburg und Nimwegen als Vorbild dienen, wurde Hubert Richards LSS bestellt. Lehrkräfte des Zentrums Lumen Vitae in Brüssel werden beim Ausbau des Lehrbetriebes behilflich sein. Wie der Erzbischof mitteilte, geht es dem Episkopat dabei vor allem um eine gediegene und gründliche, einjährige katechetische Spezialausbildung der Kleriker und Laien, die sich für den Religionsunterricht zur Verfügung stellen. Das Institut soll vorläufig etwa 120 Kursteilnehmer aufnehmen können. Dem englischen Vorbild entsprechend bleiben in diesem Institut die Vorlesungen auf ein Minimum beschränkt, die Einführung in die Methodik des Unterrichts sowie in die katechetischen Spezial- und Hilfsfächer, wie Anthropologie, Sozialpädagogik, Psychologie usw., soll in Seminaren und Arbeitskreisen erarbeitet werden (vgl. „The Tablet“, 1. 5. 65, S. 488).

**Die Situation  
im Sudan**

Nachdem die sudanesische Zentralregierung alle europäischen Missionare aus den Südpровинzen des Landes vertrieben hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 378 f.), hatte es den Anschein, als wäre der Bestand der Kirche in diesem Lande ernstlich gefährdet. Die Repressionspolitik der muslimischen Zentralregierung gegenüber den von Heiden und Christen bewohnten Südpровинzen des Landes hat schließlich zum Erstarken einer Sezessionsbewegung im Süden geführt. Der bürgerkriegsähnliche Zustand in den Südpровинzen hat dann mittelbar den Sturz der diktatorischen Militärregierung in Khartum veranlaßt. Als die Regierung im Oktober 1964 die Untersuchungsergebnisse einer Kommission, welche die Ursachen der Unruhen im Süden untersuchen sollte, bei studentischen Diskussionen zur Debatte stellte, zeigte sich, daß die studentischen Organisationen keineswegs die Ansichten der Regierung teilten. Der Versuch, weitere Debatten zu untersagen, führte zu schweren Studentenunruhen in Khartum, bei denen zwei Studenten getötet wurden. Den Studenten schlossen sich dann der gesamte Lehrkörper und weite Teile der Bevölkerung an, die wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande mit der Regierung unzufrieden waren. Als die Unruhen auf fast alle großen Städte des Landes übergriffen, sah sich General Abud gezwungen, die Militärregierung aufzulösen und die Wiedereinführung einer demokratischen Verfassung zu versprechen. Am 15. November 1964 mußte Abud schließlich selbst abtreten. In der darauffolgenden Übergangsregierung unter Ministerpräsident Sirr el Khatim el Khalifa waren die wichtigsten politischen Gruppen des Landes vertreten, zwei Minister waren Katholiken aus den Südpровинzen. Anfang Juni ist die Übergangsregierung zurückgetreten.

*Das politische Kräfteverhältnis*

Die alten Parteien haben das Militärregime relativ gut überstanden. Das lag nicht zuletzt daran, daß die beiden großen politischen Parteien, die Ummah-Partei und die Partei der Nationalen Union, die politischen Organisationen zweier religiöser Bruderschaften sind, nämlich der Ansar (der Anhänger des Mahdi) und der Khatmia (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 412). Auch die Muslimische Bruderschaft, eine sehr aktive muslimische Reformbewegung, hat die Diktatur, wie es scheint, fast intakt überstanden.

Ein besonderes Problem bilden die Kommunisten. Die Zahl der Parteimitglieder wird mit 5000 bis 10000 angegeben, und die Partei gilt als die bestorganisierte kommunistische Partei im Nahen Osten. Während der Militärdiktatur gelang es den Kommunisten, in den Berufsorganisationen und Gewerkschaften entscheidenden Einfluß zu gewinnen. Auch die Organisation der Baumwollpächter in der Gezira (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 532 f.) wird von den Kommunisten beherrscht. Dank einem klaren Aktionsprogramm konnten die Kommunisten beim Sturz der Diktatur entscheidend mitwirken und deshalb eine angemessene Beteiligung an der neuen Regierung verlangen und erhalten. Durch sogenannte „Frontenbildung“ gelang es den Kommunisten, drei prokommunistische und einen kommunistischen Minister in das Übergangskabinett el Khalifas zu entsenden. Bei der Kabinettsumbildung im Februar wurde der Anteil

der Kommunisten an der Regierung eingeschränkt. Auch in der „Nationalen Front“, einem Übergangsparlament, das sich aus Vertretern der Parteien und Berufsorganisationen zusammensetzt, erlangten die Kommunisten einen entscheidenden Einfluß. Schließlich wurde die Tätigkeit der nationalen Front gelähmt, da sich die anderen Parteien nicht mit der Vorherrschaft der Kommunisten abfinden wollten.

Die konservativen Gruppen haben sich zu einer Nachahmung der kommunistischen Taktik entschlossen und unter der Leitung der Muslimischen Bruderschaft eine „Muslimische Front“ gegründet, welcher 53 Organisationen angehören. Die Kräfteverhältnisse der Gruppen untereinander sind nur schwer abzuschätzen.

*Parlamentswahlen nur im Norden*

Die Wahlen zum neuen Parlament konnten im April dieses Jahres nur in den Nordprovinzen abgehalten werden, da im Süden alle Voraussetzungen für die Abhaltung von Wahlen fehlten und die südsudanesischen Organisationen jede Beteiligung an Parlamentswahlen abgelehnt hatten, bevor ein neues Statut für den Süden geschaffen wird. Immerhin hat die Regierung dem Süden 67 von den 223 Parlamentssitzen vorbehalten. Diese 67 Sitze würden den Südsudanese unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein entscheidendes politisches Mitspracherecht garantieren, wenn nicht die übrigen Parteien gerade in der Frage der Südpровинzen eine übereinstimmende Politik verfolgen würden.

Von den 156 Parlamentssitzen erlangte die konservative „Ummah-Partei“ (Ansar) 74, die Partei der „Nationalen Union“ (Khatmia) 51, der „Kongreß der Stämme“ (unabhängig, aber der Ummah nahestehend) 10, die Muslimische Bruderschaft 3, die „Volksdemokratische Partei“ 3, unabhängige Kandidaten 15. Die Kommunisten konnten in keinem Wahlkreis ein Direktmandat gewinnen. Der neuen Regierung unter Mohammed Ahmed Mahgoub, durch die die Übergangsregierung Mitte Juni abgelöst wurde, gehören sechs Vertreter der Ummah-Partei und sechs Vertreter der „Nationalen Union“ an. Drei Ministerien wurden den Vertretern der drei Südpровинzen reserviert, die politischen Parteien des Südens konnten sich jedoch auf keinen Kandidaten einigen (nach „Le Monde“, 15. 6. 65).

*Das Problem der Südpровинzen*

Nach dem Fall der Diktatur erwies sich, daß die Militärregierung das Problem der Südpровинzen in keiner Weise gelöst hatte. Die Politik der gewaltsamen Islamisierung hatte lediglich zu einem verstärkten Widerstand im Süden geführt. Ehemalige Soldaten und Abgeordnete gründeten schon 1962 die SANU („Sudan African National Union“), zu der auch eine militärische Organisation gehört. Die Führung der SANU befindet sich in Uganda, wohin auch viele Tausende sudanesischer Christen geflohen sind. Die militärische Aktivität der SANU richtet sich im besonderen gegen die Armee und die Verwaltung der Zentralregierung im Süden, aber auch gegen arabische Händler aus dem Norden und gegen Südsudanese, die mit den Organen der Zentralregierung zusammenarbeiten. Neben der SANU gibt es eine Terrororganisation, die sich nach einer einheimischen Giftpflanze *Anjana* nennt. Die südsudanesischen Intellektuellen, die im Norden leben, sind in der „Südlischen Front“ zusammen-

geschlossen, die als eine gemäßigte Bewegung gilt. Die einzelnen Organisationen arbeiten zwar zusammen (Mitglieder der Südlichen Front gehören auch der SANU an), lehnen aber eine gegenseitige Verantwortung ab.

Nach dem Sturz der Militärregierung stand der überwiegende Teil der südsudanesischen Bevölkerung unter dem Einfluß der SANU und *Anjana*. Die Regierung kontrolliert auch heute noch nur die Städte in den Südprovinzen. Der bürgerkriegsähnliche Zustand hat auch während des Winters nicht aufgehört. Die Politiker des Südens fordern entschieden eine föderative Verfassung für den Sudan, die den Südprovinzen eine kulturelle und administrative Autonomie gewährt. Manche Politiker erstreben auch eine militärische und außenpolitische Autonomie. Die Forderung nach einer vollständigen Loslösung der Südprovinzen ist eher als Verhandlungstaktik zu verstehen. Denn fast alle Politiker wissen, daß die Südprovinzen für sich allein kaum lebensfähig sind. Zudem bildet der Süden keine sprachliche oder ethnische Einheit, und ein selbständiger Südsudan könnte sehr bald der Schauplatz blutiger Stammesfehden werden.

Die Befriedung des Südens und die Herstellung normaler Verhältnisse bleiben also das vordringlichste Problem im Sudan. Fast alle Politiker des arabischen Nordens stimmen darin überein, daß die Einheit des Sudans erhalten bleiben müsse. Selbst die Kommunisten können es nicht wagen, die Autonomiebestrebungen der Südprovinzen zu unterstützen. Einige Politiker möchten den Süden allerdings vor die Alternative der Sezession oder der zentralistischen Einheit stellen, da sie annehmen, die föderalistische Lösung werde lediglich ein Schritt auf dem Weg zur Sezession sein, der am Ende mit Geldern der sudanesischen Zentralregierung finanziert werden müßte. Manche nehmen auch an, daß die Politiker im Süden nichts so sehr wie die Sezession fürchten. Besonders die konservativen Politiker der Ummah-Partei und der Muslimischen Bruderschaft sind offenbar der Meinung, daß eine gewaltsame Lösung des Problems möglich ist. Sie schrecken dabei keineswegs vor dem Gedanken einer Vertreibung und Ausrottung großer Bevölkerungsteile des Südens zurück. So erwägen manche, daß man den halbnomadischen Stämmen aus dem Mittelsudan das Eindringen in den Süden gestatten könnte, was faktisch zu einer gewaltsamen Verdrängung der eingeborenen Bevölkerung führen müßte.

Die Übergangsregierung versuchte ihrerseits die Probleme auf dem Weg von Verhandlungen zu lösen. Die Verhandlungen, die im März in Khartum geführt wurden, sind allerdings gescheitert. Die Parteien des Nordens haben den Südprovinzen neben einer angemessenen Vertretung im Parlament und in der Regierung eine regionale Regierung mit einer gewissen Autonomie für Unterricht, Wirtschaft und regionale Polizei angeboten. Als Vorleistung wurden die Einstellung der Kämpfe und eine Entwaffnung der Bevölkerung gefordert. Die Vertreter des Südens forderten dagegen ein Plebiszit in den Südprovinzen, bei dem darüber entschieden werden soll, ob die staatliche Einheit des Sudans aufrechterhalten, eine föderative Verfassung eingeführt oder der Süden ein selbständiger Staat werden soll. Die Regierung zeigte sich auf dieser Konferenz bereit, den Südsudanese die Freizügigkeit im Land sowie die Freiheit der Religionsausübung zuzugestehen und das Recht, eigene Schulen zu gründen, an denen die Unterrichtssprache nicht Arabisch ist (nach NCWC News Service, 5. 4. 65).

Auf dieser Konferenz zeigte sich auch, wie wenig realistisch selbst ein Mann wie el Khalifa, der als Kenner der Verhältnisse im Süden gilt, die Situation beurteilte. Bei der Eröffnungssitzung bezeichnete er die „Imperialisten“ und die europäischen Missionare als die Urheber der Unruhen. Sie hätten in ihren Schulen die Araber als Sklavenhändler bezeichnet und den niedrigen Lebensstandard für ihre politische und religiöse Agitation ausgenutzt.

#### *Die Situation der Christen*

Die provisorische Regierung hat zwar der christlichen Bevölkerung des Sudans einige Zugeständnisse gemacht (z. B. die Beobachtung des Sonntags als Ruhetag der Christen, und selbst eine Fortsetzung der Missionstätigkeit durch sudanesischen Missionare soll gestattet werden), doch ist kaum zu erwarten, daß die Regierung ihre feindselige Einstellung gegenüber den Christen ändern wird. Die jetzt gemachten Zugeständnisse dürften lediglich als Beschwichtigungsversuche anzusehen sein. Ob sich die Politik der neuen Regierung wesentlich von der der Militärregierung unterscheiden wird, bleibt abzuwarten.

Nach den Informationen des Fides-Nachrichtendienstes vom 23. Januar 1965 blieben die 52 Missionsstationen im Südsudan der Sorge eines autochthonen Bischofs, eines autochthonen Apostolischen Administrators und 28 sudanesischer Priester anvertraut.

Von den 250 000 Katholiken des Vikariats Juba sind viele nach Uganda geflohen. Die kirchliche Leitung liegt in den Händen des Vicarius Delegatus Sylvester Laharanya. In der Seelsorge sind noch zwei Priester tätig. Ein Priester betreut das Knabenseminar von Okaru (280 Schüler), drei Priester unterrichten im Großen Seminar von Kit (93 Alumen). Von den 60 000 Gläubigen des Vikariats Wau ist ein großer Teil in die Zentralafrikanische Republik und nach dem Kongo (Leopoldville) geflohen. Dem Sprengel steht Bischof Irenäus Dud vor. Vier Priester wirken in der Seelsorge, ein Priester unterrichtet im Knabenseminar von Bussere (100 Schüler). Von den 27 000 Katholiken des Vikariats Rumbek ist ein großer Teil nach Uganda und dem Kongo geflohen. Unter dem Apostolischen Administrator Linus Tiboi arbeiten acht Priester in der Seelsorge. Ein Priester unterrichtet im Kleinen Seminar von Tore (110 Schüler). Von den 95 000 Katholiken der Präfektur Mopoi ist ein Teil in die Zentralafrikanische Republik und in den Kongo geflohen. Unter dem Praefectus Delegatus Martin Pensi arbeiten drei Geistliche in der Seelsorge. Von den 9000 Katholiken der Präfektur Malakal ist ein Teil nach Äthiopien geflohen. Unter dem Praefectus Delegatus Pius Yakwan arbeitet ein Priester in der Seelsorge, ein Priester unterrichtet im Knabenseminar von Lul (35 Alumen).

Der größte Teil der Missionsstationen ist geschlossen. Nur im Vikariat Rumbek sind noch alle Stationen offen. Außer den Katechumenaten wurden alle kirchlichen Werke aufgegeben. Die Zahl der Taufschüler ist stark zurückgegangen. In Malakal jedoch drängen sich die Afrikaner zu den Katechumenaten, in denen hundert Katechisten mehr als tausend Taufschüler unterrichten. Man darf also feststellen, daß die Ausweisung der Missionare der katholischen Kirche im Südsudan zwar sehr großen Schaden zugefügt hat, doch besteht die Hoffnung, daß mit der Zeit einheimische Priester wenigstens einen Teil der Aufgaben der vertriebenen Missionare übernehmen können. Für eine Rückkehr europäischer Missionare besteht auch weiterhin keinerlei Hoffnung.